

## Artikel 1

„Energie statt Arbeit besteuern“ setzt sich durch:

# Die Schweiz im Hintertreffen

Es ist noch keine zehn Jahre her, da forderten die Wirtschaftsverbände eine ökologische Steuerreform für die Schweiz: Schädliche Emissionen seien zu verteuern, staatsquotenneutral müsse sie sein; die Erträge müssten an Wirtschaft und Haushalte zurückfliessen, stufenweise einzuführen sei sie und nur koordiniert mit dem Ausland.

## Alte Forderung der Wirtschaft

Ganz in diese Richtung zielt die Volksinitiative „Energie-statt-Arbeit-Besteuern“, über die wir anfangs Dezember abstimmen werden. Schädliche Emissionen (CO<sub>2</sub> und radioaktive Substanzen) sollen teurer werden, und die AHV-Prämien von Arbeitgeber und Arbeitnehmer können im Gegenzug gesenkt werden. Dies hilft nicht nur der Umwelt, sondern schafft Arbeitsplätze und sorgt für eine sicherere AHV und günstige Prämien – eine alte Forderung der Wirtschaft.

## Lücken im CO<sub>2</sub>-Gesetz

Das europäische Ausland besteuert die schädlichen Energieträger höher als die Schweiz. Wir haben die höchsten Einkommen und die tiefsten Oel-, Gas- und Benzinpreise in Westeuropa, ein trauriger Rekord. Nirgends sonst ist Umweltverschmutzung so billig zu haben.

Vor einem Jahr trat zwar das CO<sub>2</sub>-Gesetz in Kraft. Mit ihm könnte das Parlament Heizöl und Benzin um bis zu 50 Rp./Liter verteuern, sodass Energiesparen belohnt wird. Doch die CO<sub>2</sub>-Abgabe ist umstritten, vielleicht bleibt das Gesetz ein blosser Papiertiger.

Vor allem aber: Das CO<sub>2</sub>-Gesetz lässt den Strom unbelastet, ob schon sehr viel Elektrizität europäisch gesehen aus Kohle- und Gaskraftwerken stammt, die die Atmosphäre mit CO<sub>2</sub> belasten.

Wenn Heizöl und Gas verteuert werden, Strom aber nicht, werden nicht Holz- oder Solarheizungen installiert, sondern Stromheizungen, zur Freude der Elektrizitätswirtschaft, die dann endlich ihre Atomkraftwerke auslasten kann. Hier ist die Initiative der Grünen eben besser: Alle Energieträger mit Umweltverbrauch, auch die grossen

Wasserkraftwerke, werden abgestuft nach Schädlichkeit einer Lenkungsabgabe unterstellt.

## Schweizer Instrumentarium ungenügend

Der Schweiz fehlt heute das Instrumentarium zur **Beeinflussung des Stromverbrauchs**. Die Absichtserklärung des Bundesrates („EnergieSchweiz – Ziele bis 2010“), der Stromverbrauch solle maximal um 5% wachsen, und der Anteil der erneuerbaren Energien um nur 0,5%, ist weder zielführend, noch durch wirksame Gesetze untermauert. Mit Gesundbeten und Appellen wurde noch nie etwas erreicht.

Die Initiative der Grünen Partei für eine ökologische Steuerreform verdient deshalb Unterstützung. Sie verlangt nur, was in vielen andern Ländern Europas bereits getan wird: Die schrittweise Verteuerung schädlicher Energien, und die Entlastung von Wirtschaft und Bevölkerung von Sozialversicherungsprämien (AHV, Krankenversicherung). Ohne Massnahmen beim CO<sub>2</sub> und ohne Regulierung des Stromverbrauchs werden wir nie zu einer nachhaltigen Energieversorgung kommen, und wir setzen die Zukunft aufs Spiel.

Geben Sie dem Bundesrat mit unserer JA-Stimme den nötigen Wink!

Artikel 2

## Europäisches Parlament setzt Meilenstein: Verdoppelung der erneuerbaren Energien bis 2010

**Das Europäische Parlament hat im Juli eine Richtlinie verabschiedet, die den Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch bis zum Jahre 2010 verdoppelt. Die Schweiz gerät mit ihrer einseitigen Atompolitik immer mehr ins Abseits.**

Der Anteil der neuen erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung der EU soll von 3,5 Prozent auf 12 % vervierfacht werden. Zusammen mit der Wasserkraft wird in 10 Jahren 22% des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien stammen.

### Die Ersten sind die Schwersten!

Anrechenbar sind alle neuen erneuerbaren Techniken, also Strom aus Windenergie, Holz- und Biogas, Photovoltaik, Geothermie und Gezeitenkraftwerke. Bei diesen zumeist neuen Techniken sind die ersten 10 Jahre die schwersten, denn dank Er-

Anteil Strom aus erneuerbaren Energien (ohne grosse Wasserkraftwerke)

Direktive Europäische Union	1997	2010 geplant
Dänemark	8.7	29
Deutschland	2.4	10.3
Finnland	10.4	21.7
Portugal	4.8	21.5
Oesterreich	10.7	21.1
Spanien	3.6	17.5
Schweden	5.1	15.7
Griechenland	0.4	14.5
Italien	4.5	14.9
Niederlande	3.5	12.0
Irland	1.1	11.7
Grossbritannien	0.9	9.3
Frankreich	2.2	8.9
Belgien	0.9	5.8
Luxemburg	2.1	5.7
Europäische Union	3.2	12.5

Quelle: Windpower monthly (Nr.8/2001)

Erfahrung und Massenproduktion werden mit der Zeit sinkende Gestehungskosten erwartet. Umso leichter wird es fallen, von 2010 bis 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien nochmals zu verdoppeln. Das EU-Parlament will die Markchancen für grünen Strom zusätzlich erleichtern:

- Für sauberen Strom wird neu eine einheitliche Herkunftsbezeichnung (Warendeklaration) in der ganzen Union geschaffen.
- Der grenzüberschreitende Handel mit grünem Strom wird gefördert.
- Die Netzbenutzung wird erleichtert.

## **Offshore-Anlagen lösen Stromproblem**

Der grösste Produktionszuwachs wird in der Windenergie erwartet. Sie ist weltweit die am schnellsten wachsende Energieerzeugungstechnik. Seit 1990 hat sich ihre Nutzung verzehnfacht, und das ist erst der Anfang. Strom aus Windkraftwerken an der Küste ist heute billiger als Atom- und Kohlestrom, und die Produktion wird sich – wenn alles gut geht – bis zum Jahre 2010 wiederum verzehnfachen. Wind aus dem Meer und aus Wüstengebieten kann einen sehr grossen Beitrag zur Stromversorgung leisten – viel mehr als Wasserkraft und Atomenergie zusammen. Windfarmen werden in Dänemark, England und Deutschland immer häufiger direkt ins Meer gestellt. Im Nordsee und im Atlantik gibt es grosse Meeresgebiete – ein Mehrfaches grösser als die Fläche der Schweiz –, die sich mit Wassertiefen unter 20 Meter für Windturbinen bestens eignen.

## **Und die Fische freuen sich**

Interessanter Nebeneffekt von offshore-Windfarmen ist der Schutz der Fische und Meeressäuger. Zwischen den Windturbinen kann nicht mehr mit riesigen Treibnetzen gefischt werden, was zur grösseren Biodiversität im Wasser beiträgt. Eine Fläche von der Grösse des Genfersees würde genügen, um, bestückt mit 2000 bis 4000 Turbinen, sämtliche Atomkraftwerke der Schweiz durch Windstrom zu ersetzen. Was heute noch tönt wie ein Märchen, wird sich aber durchsetzen – es ist bloss eine Frage der Zeit und der Einsicht.

In der Europäischen Union existieren verschiedene Fördermodelle für grünen Strom:

- In Deutschland wird Windstrom zu einem garantierten Preis von 17,8 Pfennig/kWh vergütet, nach fünf Jahren sinkt die Vergütung auf 12 Pfennig (9,5 Rp./kWh). Aehnliche Systeme sind in Spanien, Italien und Frankreich eingeführt.
- In Holland, Schweden und England besteht eine gesetzliche Verpflichtung besteht, einen steigenden Mindestanteil grünen Strom zu kaufen.

## **Bundesrat will nur 0,5% mehr**

Es herrscht Hochstimmung unter den Herstellern von sauberem Strom – nur nicht in der Schweiz, wo die Förderung der erneuerbaren Energien weiter absinkt. Der Bundesrat will den Anteil der neuen erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bis 2010 nur um 0,5% steigern, ein mutloses Programm ohne Perspektive. Parlament und Bundesrat stehen noch immer unter der Fuchtel der verantwortungslosen Atomlobby, die nichts Gescheiteres zu tun weiss, als die neuen Techniken zu verunglimpfen und politisch zu blockieren, und die eigenen Fehler – gefälschte Zeugnisse, Risse in den Reaktoren – hochmütig überspielt.

## **Kyoto-Verhandlungen: Atomkraftwerke ausgebootet!**

Auch die Schweizer Energieforschung wird so zur Alibi-Uebung: Es fehlen die Mittel, um neue Technologien realitätsnah zu erproben. Immerhin: Bei den Bonner Verhandlungen über die Umsetzung des Kyoto-Protokolls hat die Atomlobby eine schwere Niederlage erlitten. Der Bau von neuen Atomkraftwerken in Entwicklungsländern wird nicht als Klimaschutzmassnahme anerkannt und die entsprechenden Subventionen werden nicht angerechnet. Die Atomindustrie arbeitete seit Jahren darauf hin, mit staatlicher Unterstützung neue Werke zu bauen. Nun konnte dies dank der Standfestigkeit der Europäer verhindert werden.